

27/II/2023 AfB Brandenburg
Die Eigenverantwortlichkeit der Schulen stärken

Beschluss:

Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, gegenüber den SPD-Mitgliedern in der Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion darauf zu dringen, dass in der kommenden Legislaturperiode

- die Schulen einerseits von Aufgaben und Entscheidungen entlastet werden, die besser zentral gelöst werden können, ihnen aber auch dort mehr Möglichkeiten zu geben, wo sie Raum zur Entfaltung brauchen. Dazu soll ein Verfügungsfond eingerichtet werden, mit dem jede Schule eigenverantwortlich über Anschaffungen und Honorarverträge zur Unterstützung des Schullebens entscheiden kann,
- sukzessive alle Schulen im Land Brandenburg durch Verwaltungsleitungsstellen unterstützt werden. Diese Stellen sollen zentral im Stellenplan des Landes eingerichtet werden. Zur Ausbildung von Verwaltungsfachkräften spezifisch für den Dienst in Schulen soll ein eigener Ausbildungsgang geschaffen werden
- Schulen selbstständig entscheiden können, für welche speziellen Aufgaben etwa in der Sprachförderung einzelner Kinder sie Deputatstunden vergeben. Dazu sollen an anderer Stelle Abordnungen von Lehrkräften an andere Orte, die nicht unmittelbar dem schulischen Lernen zugutekommen, reduziert werden.

Überweisen an

Programmkommission